

VON CHANCEN, ÄNGSTEN UND ERFOLGSGESCHICHTEN

GESCHICHTEN AUS DEM LEBEN EINES PRIVATEN KLINIKKONZERNS

Die Privatisierung von Krankenhäusern ist zum viel diskutierten Thema geworden. Zwischen der staatlichen Verantwortung für die Daseinsvorsorge, der der Bürger auch die Gesundheitsversorgung zuordnet, und der dringend notwendigen, weil qualitätssichernden und zukunftssträchtigen Professionalisierung des Krankenhauswesens wogen die Argumente hin und her. Emotionen auf der einen und finanzieller Druck auf der anderen Seite spielen die Begleitmusik. Wir stellen den eher theoretischen Auseinandersetzungen greifbare Beispiele aus der Praxis unseres Unternehmens gegenüber.

*Von Joachim Weber**

Die gesamtwirtschaftliche Lage ist bedrückend. Kommunen, Landkreise und Bundesländer sind in den Sog der Finanzkrise geraten. Sparen ist angesagt. Weil aber die stetig wachsenden Sozialtransfers nicht zu kürzen sind, müssen sich andere Bereiche einschränken: Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Sozialstationen, Förderprojekte für prekäre Stadtteile, Verbraucherberatungsstellen. Hier werden Stellen gestrichen, Budgets gekürzt, Investitionen aufgeschoben. Renovierungsbedürftige Gebäude, veraltete Ausstattungen und die Schließung ganzer Einrichtungen sind vielerorts die Folgen.

Vielen Landkreisen und Kommunen stellt sich die existenzielle Frage, wie sie wenigstens die Grundversorgung mit Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung aufrechterhalten können. Ihnen bleibt nur ein Weg, die Haushalte um einige der größten Kostgän-

ger zu entlasten und damit finanzielle Handlungsfreiheit für die Daseinsvorsorge zurückzugewinnen: die Privatisierung möglichst großer Ausgabenposten in den Etats, ihr Verkauf an private Unternehmen.

Dieser Ausweg bietet sich allerdings nur an, wo es externe Kostenträger gibt: Krankenkassen, die Pflegeversicherung oder Bürger selbst, die für bestimmte öffentliche Dienstleistungen (wie die Abfallentsorgung) direkt zur Kasse gebeten werden. Staatliche Universitäten, Schulen und Kindergärten scheiden weitgehend aus. Altersheime wurden bereits in großer Anzahl privatisiert – sie generieren Einnahmen von den eigenen Bewohnern und der Pflegeversicherung. An die Krankenhäuser aber wagen sich die meisten Kommunen und Kreise nur zögernd heran, obwohl sie diese umso schwerer belasten, je rigider der Gesetzgeber die Abrech-

* Freier Journalist
in Frankfurt am Main

